

## **Aus der Niederschrift über die 7. Sitzung des Gemeinderates vom 07. Oktober 2010**

### **Tagesordnung**

#### **A) Öffentlicher Teil**

01. Übernahme der Geschäftsbesorgung für den Zweckverband für die Verwertung von Grünabfällen der Gemeinden Ensdorf, Bous und Schwalbach
02. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Errichtung eines Wertstoffzentrums zwischen dem Zweckverband für die Verwertung von Grünabfällen der Gemeinden Ensdorf, Bous und Schwalbach und dem EVS Saar.
03. Bebauungsplan „Wackenberg“
04. Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich „Wackenberg“
05. 5. Nachtragssatzung zur Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Gemeinde Ensdorf
06. Gewährung eines Zuschusses für
  - a) Deutsches Rotes Kreuz Ortsverein Ensdorf
  - b) Katholische Öffentliche Bücherei der Pfarrgemeinde St. Marien Ensdorf
07. Mitteilungen und Anfragen

#### **B) Nichtöffentlicher Teil**

08. Genehmigung der Niederschrift über die 06. Sitzung des Gemeinderates vom 01. Juli 2010
09. Mitteilungen und Anfragen

### **Verlauf der Sitzung**

#### **A) Öffentlicher Teil**

##### **TOP 01: Übernahme der Geschäftsbesorgung für den Zweckverband für die Verwertung von Grünabfällen der Gemeinden Ensdorf, Bous und Schwalbach**

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass das Gemeindeprüfungsamt festgestellt habe, dass bei Gründung des Zweckverbandes im Jahr 2001 kein förmlicher Beschluss seitens des Gemeinderates vorgelegen habe, dass die Geschäftsbesorgung seitens der Gemeinde Ensdorf vorgenommen werde. Bei Gründung des Zweckverbandes seien sich die beteiligten Gemeinden einig gewesen, dass die Geschäftsbesorgung durch die Gemeinde Ensdorf wahrgenommen werde und die Kosten hierfür dem Zweckverband in Rechnung gestellt werden.

Sodann wird über folgenden Beschlussvorschlag abgestimmt:

Der Gemeinderat beschließt, dass die Gemeindeverwaltung Ens Dorf die Geschäftsbesorgung für den Zweckverband für die Verwertung von Grünabfällen der Gemeinden Ens Dorf, Bous und Schwalbach – rückwirkend ab 16. Oktober 2001 – übernimmt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

## **TOP 02: Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Errichtung eines Wertstoffzentrums zwischen dem Zweckverband für die Verwertung von Grünabfällen der Gemeinden Ens Dorf, Bous und Schwalbach**

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass dieser Vertrag zwischen dem Zweckverband und dem EVS in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes am 02. Juni 2009 beschlossen worden sei. Der Verbandsversammlung gehörten Gemeinderatsmitglieder der drei Gemeinden Ens Dorf, Bous und Schwalbach an. Die Kommunalaufsicht vertrete nunmehr die Auffassung, dass der Gemeinderat aller drei Gemeinden der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem EVS zustimmen müsse.

**Herr Stinnen, SPD**, teilt für seine Fraktion mit, sie werde dem Beschlussvorschlag zustimmen, bitte aber darum, zukünftig im Vorfeld sorgfältiger zu prüfen, heute Abend hätten zwei Beschlüsse nachgeholt werden müssen.

**Der Vorsitzende** führt hierzu aus, wie bereits vorhin angesprochen, nehme er die Rechtsauffassung der Kommunalaufsicht zur Kenntnis, auch wenn er diese Rechtsauffassung sehr wohl als kritisch ansehe.

**Herr Becker, FWG**, führt aus, die Freien Wähler hätten sehr wohl Probleme mit dem nun eingeschlagenen Weg, insbesondere, dass ab 01. Januar kommenden Jahres das Identsystem eingeführt werden müsse. Die Bürger würden dadurch gezwungen, wenn sie sich umweltgerecht verhalten, viele Abfälle auf dem Wertstoffhof zu entsorgen. Nur so kämen keine Mehrbelastungen durch das neue Gebührensystem auf sie zu. Des Weiteren sei, obwohl er dies bereits vor Wochen angesprochen habe, die Problematik der Entsorgung von Asche immer noch nicht geklärt. Zwar habe ihm Frau Blaes, Verwaltung, bereits mitgeteilt, dass sie diese Problematik an den EVS weitergeleitet habe, bevor aber eine definitive Antwort seitens des EVS käme, würden sie der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung nicht zustimmen. Hinzu käme auch, dass ab Januar der Wertstoffhof überlastet sei, daher müsse, bis der Wertstoffhof umgebaut worden sei, das Identsystem zurückgestellt werden.

Weiterhin sehe er durch das neue Gebührensystem Familien mit Kindern und pflegebedürftige Personen im Nachteil, wenn nicht zusätzlich Windelsäcke eingeführt werden.

**Der Vorsitzende** weist darauf hin, dass bereits im Jahr 2009 dieser öffentlich-rechtliche Vertrag seitens der Verbandsversammlung des Zweckverbandes beschlossen worden sei. Im Übrigen hätte ihn der Gemeinderat angewiesen, sich für das Identsystem auszusprechen. Vergangene Woche hätten alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen außer der SPD, noch mal ihre grundsätzliche Zustimmung zum Identsystem und dem neuen Gebührensystem seitens des EVS abgegeben. Auch die Freien Wähler hätten dies bekundet. Die Kritik am geplanten Identsystem sei zwischenzeitlich verspätet, die Verbandsversammlung habe vergangenen Freitag auch das neue Gebührensystem beschlossen, die Entscheidung über das Identsystem sei bereits vor einem Jahr gefallen. Die Befürchtung, dass der Wertstoffhof ab Januar überlastet sei, teile er nicht. Im Gegensatz zu vielen anderen saarländischen Kommunen könnten die Gemeinden Ens Dorf, Bous und Schwalbach auf einen bereits voll funktionsfähigen Wertstoffhof zurückgreifen. Die geplante Umbaumaßnahme biete lediglich zukünftig weitere Vorteile für die Bürger, indem eine getrennte Ein- und Ausfahrt geschaffen wird und die gesamte Freifläche vergrößert werde.

**Herr Becker, FWG**, teilt mit, in der Verbandsversammlung des EVS hätte seine Fraktion kein Mitspracherecht, im Übrigen hätten sie in der Sitzung entschieden, dass alles beim alten belassen werden sollte.

**Der Vorsitzende** führt hierzu aus, die gesetzlichen Vorgaben hätten es erforderlich gemacht, das entweder das Identsystem oder das Verwiegesystem eingeführt werde. Im Übrigen habe der Gemeinderat immer die Möglichkeit dem Bürgermeister vor der Versammlung zu beauftragen, entsprechend den Vorgaben des Gemeinderates abzustimmen.

**Herr Becker, FWG**, monierte, dass Linksabbieger, die zum Wertstoffhof fahren müssten, heute schon Probleme hätten. Im Übrigen sei die Vertragslaufzeit von 15 Jahren unklar formuliert.

**Der Vorsitzende** führt hierzu aus, das entsprechende Gremium, die Versammlung, hätte dem Vertrag zugestimmt.

**Herr Stinnen, SPD**, führt aus, die FWG hätte besser letzte Woche die Zustimmung zum Eilantrag der SPD nicht verweigert. Nunmehr sei der Vertrag in Kraft, Änderungen seien im Nachhinein nicht mehr möglich. Insofern teile er diesbezüglich die Auffassung des Bürgermeisters. Die SPD stimme insofern auch dem Beschlussvorschlag heute Abend zu.

**Herr Flesch, CDU**, führt aus, er sei erstaunt über die heutige Diskussion. Die Gemeinde Ensdorf unterhalte in Ensdorf zusammen mit den Gemeinden Bous und Schwalbach einen Wertstoffhof, der von den Bürgern sehr gut angenommen werde und viele Vorteile biete. Jetzt solle er noch attraktiver gestaltet werden. Bezüglich der Einführung des Identsystems und den Einsparmöglichkeiten durch die graue Tonne verweise er auf seine Ausführungen, die er in der letzten Ausschusssitzung hierzu gemacht habe.

**Herr Becker, FWG**, führt aus, er sei nicht gegen den Wertstoffhof, verlange aber einen Entsorgungsweg für die Asche, der die Bürger nicht stärker belaste. Wenn dies heute Abend nicht definitiv geklärt werden könne, stimme er dem Vertrag nicht zu.

**Der Vorsitzende** weist nochmals darauf hin, dass die Frage, wie Asche entsorgt werden kann, mit dem öffentlich-rechtlichen Vertrag, über den heute Abend entschieden werden solle, nichts zu tun habe. Er sei aber optimistisch, dass der EVS eine Lösung zur Entsorgung der Asche finden werde.

Sodann wird folgender Beschluss gefasst:

Der Gemeinderat stimmt der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, welche der Einladung der heutigen Sitzung beigefügt war, zu.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	<b>22 Ja</b>	<b>(CDU, SPD, LINKE, GRÜNE)</b>
	<b>2 Nein</b>	<b>(FWG)</b>

### **TOP 03: Bebauungsplan „Wackenberg“**

**Der Vorsitzende** führt aus, dass die Gemeinde Ensdorf heute Abend darüber zu befinden habe, ob auf dem ehemaligen Kohlelagerplatz ein Gewerbegebiet entstehen könne. Einwendungen gegen dieses Gewerbegebiet seien bisher nicht vorgebracht worden. Die Gewerbefläche soll Gewerbe allgemeiner Art zulassen, besondere Gewerbe auszuschließen, sei nach den Vorberatungen im Bauausschuss nicht vorgesehen.

**Herr Stinnen, SPD**, führt aus, seine Fraktion habe bereits in den Vorberatungen begrüßt, dass die ehemalige Kohlelagerfläche als Gewerbegebiet umgenutzt werden könne. Seine Fraktion sehe dieses Gebiet auch als Arrondierungsfläche zu dem bereits bestehenden Gewerbegebiet an.

**Herr Wilhelm, GRÜNE**, führt aus, seine Fraktion habe leider bei der Beratung im Bauausschuss nicht teilnehmen können. Man habe aber bereits im Vorfeld öffentlich gemacht, dass man sich wünsche, dass diese Fläche für die Gewinnung regenerativer Energien genutzt werde. Insofern

werde seine Fraktion heute Abend beantragen, dass diese Fläche als Sondergebiet für Photovoltaikanlagen ausgewiesen wird.

**Herr Becker, FWG**, teilt mit, seine Fraktion wolle dem Beschlussvorschlag grundsätzlich zustimmen, sehe aber ein verstärktes Verkehrsproblem sowohl auf die Provinzialstraße Richtung Ensdorf als auch auf die Verbindung zwischen Bauhaus-Kreisel und Hela-Kreisel zukommen. Insofern solle der Beschluss heute Abend verschoben werden, bis eine Lösung hierfür gefunden werde.

**Herr Fleisch, CDU**, führt aus, seine Fraktion werde dem vorliegenden Beschlussvorschlag heute Abend zustimmen. Herr Meine, Naturschutzbeauftragter der Gemeinde Ensdorf, habe im Vorfeld angeregt, dass die in diesem Bereich bestehenden Grünflächen nicht verkleinert werde.

**Der Vorsitzende** führt hierzu aus, Herr Meine habe diesbezüglich Rücksprache mit der Verwaltung genommen, die jetzt für das Gewerbe ausgewiesene Fläche sei bereits in der Vergangenheit gewerblich genutzt gewesen. Innerhalb des Bebauungsplans würden die heute bestehenden Grünflächen weiterhin als solche ausgewiesen.

**Frau Becker, LINKE**, führt für ihre Fraktion aus, dass sie dem Bebauungsplan zustimme, da die Bürger hiervon profitieren würden.

Zur Verkehrsproblematik führt **der Vorsitzende** aus, diesbezüglich läge ein Gutachten vor, das die Gemeinde nochmals überprüfen lasse. Die von der FWG vorgeschlagene Verschiebung des heutigen Beschlusses bis die Provinzialstraße anders ausgebaut wäre, würde eine Verschiebung von mehreren Jahren mit sich führen. Entsprechende Gespräche, welche Lösung gefunden werden könnte, würden zwar mit dem Landesbetrieb für Straßenbau geführt, alle Änderungen müssten aber auch unter dem Gesichtspunkt der Finanzierbarkeit gesehen werden.

**Herr Becker, FWG**, teilt daraufhin mit, man könne unter diesen Gesichtspunkten heute Abend zustimmen, teile aber bereits jetzt mit, dass beim nächsten Tagesordnungspunkt, Änderung des Flächennutzungsplans, eine Verschiebung des Beschlusses beantragt werde.

**Der Vorsitzende** führt hierzu aus, ein Bebauungsplan müsse immer auf dem Flächennutzungsplan aufgebaut werden, insofern müssten beide Beschlüsse heute Abend gefasst werden, um den Bebauungsplan Wackenbergr zu realisieren.

**Herr Stinnen, SPD**, führt aus, dass der Antrag der GRÜNEN auf Ausweisung des Gebietes als Sondergebiet für Photovoltaikanlagen die bisherigen Planungen auf Null zurückführen würden. Diese Diskussion hätte früher geführt werden müssen.

Sodann wird über den Antrag der GRÜNEN abgestimmt:

Das in Rede stehende Gebiet soll als Sondergebiet für Photovoltaikanlagen ausgewiesen werden.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	<b>2 Ja</b>	<b>(GRÜNE)</b>
	<b>22 Nein</b>	<b>(CDU, SPD, LINKE, FWG)</b>

Sodann wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt:

Der Gemeinderat beschließt:

- Der vorgeschlagenen Behandlung der Anregung aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und der Abstimmung mit den Nachbargemeinden zuzustimmen (1. Anlage zu TOP 2, welche der Einladung zur 6. Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Friedhofs- und Grundstücksangelegenheiten, Natur- und Umweltschutz sowie Verkehrsfragen beigelegt war).
- Dem Textteil und der Begründung inkl. Umweltbericht, Stand 02.09.2010 zuzustimmen, mit folgenden Änderungen:

Bei den textlichen Festsetzungen wird der 2. Absatz „Nicht zulässig sind gem. § 1 Abs. 5 BauNVO i.V.m. § 8 Abs. 2 BauNVO Einzelhandelsbetriebe mit folgendem Sortiment: - Lebensmittel?“ gestrichen.

Ergänzt werden sollen die textlichen Ausführungen mit einer Empfehlung, dass im Hinblick auf die besondere Lage und den gewünschten Ausbau von regenerativen Energien empfohlen werde, Solartechnik zum Einsatz zu bringen.

Im Plan wird die Baugrenze zeichnerisch so dargestellt, dass ein Schutzstreifen zwischen Straße und Baugrenze ausgewiesen wird, in dem eine Bebauung wegen der dort verlegten Leitungen nicht möglich ist.

(2. und 3. Anlage zu TOP 2, welche der Einladung zur 6. Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Friedhofs- und Grundstücksangelegenheiten, Natur- und Umweltschutz sowie Verkehrsfragen beigelegt war)

- Den Textteil und die Begründung inkl. Umweltbericht gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen, sowie die Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB einzuleiten.

(2. und 3. Anlage zu TOP 2, welche der Einladung zur 6. Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Friedhofs- und Grundstücksangelegenheiten, Natur- und Umweltschutz sowie Verkehrsfragen beigelegt war)

**Abstimmungsergebnis: 22 Ja (CDU, SPD, LINKE, FWG)  
2 Enthaltungen (GRÜNE)**

#### **TOP 04: Änderung des Flächennutzungsplans im Bereich „Wackenberg“**

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, wird folgender Beschluss gefasst:

Der Gemeinderat beschließt:

- Der vorgeschlagenen Behandlung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und Abstimmung mit den Nachbargemeinden zuzustimmen (1. Anlage zu TOP 3, welche der Einladung zur 6. Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Friedhofs- und Grundstücksangelegenheiten, Natur- und Umweltschutz sowie Verkehrsfragen beigelegt war).
- Dem Planentwurf und der Begründung, Sachstand 02.09.2010 zuzustimmen (2. und 3. Anlage zu TOP 3, welche der Einladung zur 6. Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Friedhofs- und Grundstücksangelegenheiten, Natur- und Umweltschutz sowie Verkehrsfragen beigelegt war).
- Den Planentwurf und die Begründung gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen sowie die Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB einzuleiten (2. und 3. Anlage zu TOP 3, welche der Einladung zur 6. Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Friedhofs- und Grundstücksangelegenheiten, Natur- und Umweltschutz sowie Verkehrsfragen beigelegt war).

**Abstimmungsergebnis: 22 Ja (CDU, SPD, LINKE, FWG)  
2 Enthaltungen (GRÜNE)**

**TOP 05: 5. Nachtragssatzung zur Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Gemeinde Ensdorf**

**Der Vorsitzende** teilt mit, dass durch die geplante Änderung der Friedhofssatzung eine größere Gestaltungsmöglichkeit für Grabdenkmäler eingeräumt werde.

Sodann wird folgender Beschluss gefasst:

Der Gemeinderat beschließt, die 5. Nachtragssatzung zur Friedhofssatzung in folgender Form zu beschließen:

18 Nr. 8c)

Rasenreihengräber für Verstorbene über 5 Jahren:  
Liegende Grundplatte mit oder ohne Grundplattenaufsatz

Liegende Grundplatte  
Breite 0,70 m  
Tiefe 0,50 m  
Stärke max 0,10 m

Grundplattenaufsatz  
Höhe 0,30 m  
Eine Breite von 0,40 m darf nicht überschritten werden, wobei die Formgebung individuell (der Umgebung angepasst) gestaltbar ist.

Die Grundplatte des Grabmals muss erdgleich abschließen. Der Grundplattenaufsatz darf die Grundplatte nicht überragen. Die Mäharbeiten dürfen durch die Form des Aufsatzes nicht beeinträchtigt werden.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

**TOP 06: Gewährung eines Zuschusses für**

- a) Deutsches Rotes Kreuz Ortsverein Ensdorf**
- b) Katholische Öffentliche Bücherei der Pfarrgemeinde St. Marien Ensdorf**

**Herr Fleisch, CDU**, teilt für seine Fraktion mit, sie schlage eine Bezuschussung für das DRK Ortsverein Ensdorf in Höhe von 350,- € und für die Bücherei der Katholischen Pfarrgemeinde von 120,- €, wie in den Vorjahren, vor.

**Herr Stinnen, SPD**, teilt für seine Fraktion mit, auch sie werde diesem Vorschlag zustimmen, trotz der schwierigen Haushaltsslage.

Sodann wird folgender Beschluss gefasst:

Dem DRK Ortsverein Ensdorf wird ein Zuschuss in Höhe von 350,- € bewilligt.

Die Bücherei der Katholischen Pfarrgemeinde erhält einen Zuschuss in Höhe von 120,- €.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

## **TOP 07: Mitteilungen und Anfragen**

- a) **Herr Lay, SPD**, weist darauf hin, dass ihn Anwohner im oberen Bereich des Schwalbacher Bergs auf die Lärmentwicklung durch Unebenheiten in der Fahrbahn hingewiesen hätten. Der Vorsitzende führt hierzu aus, dies sei der Verwaltung bekannt, man habe eine Überprüfung veranlasst.
- b) **Herr Becker, FWG**, schlägt vor, die Container im Bereich des Wertstoffhofes umzustellen, um die Verkehrssituation bei der Ein- und Ausfahrt zu entschärfen.
- c) **Herr Becker, FWG**, schlägt vor, das Fußballtor, das bisher auf dem Schulhof der ERS stand, an die Schulturnhalle der Grundschule zu stellen. Der Vorsitzende führt hierzu aus, diese Wand werde auch für andere Ballsportarten genutzt, man werde sicherlich noch einen Platz finden, an dem das Tor sinnvoller aufgestellt werden könne.
- d) **Herr Rust, SPD**, schlägt vor im Bereich des Rasenplatzes die Absperrung hinter dem Tor zur Sporthalle in einem kleinen Bereich zu entfernen, damit die Sportler diesen direkten Weg zur Umkleide über die Tribüne nutzen könnten.

**Herr Kronenberger, CDU**, spricht sich hiergegen aus, da sich ansonsten ein Weg herausbilde, der den Rasen schädige.

**Der Vorsitzende** teilt mit, eine Öffnung erfolge nicht, die Tribüne sei kein Weg, vielmehr könnten die Sportler die vorhandene Treppe nutzen, die auch sicherer sei, als die Tribünen. Im Übrigen sei weder von Sportlern noch von verantwortlichen des FC an ihn die Bitte herangetragen worden, eine andere Lösung zu schaffen.

- e) **Herr Spang, CDU**, bittet um Überprüfung der Beleuchtung im Bereich des Amselwegs, die gewünschte Ausleuchtung sei durch Bäume und Hecken stark eingeschränkt.